

WÜRZBURG

Kritik an Staatsarchiv-Verlegung



Von Angelika Becker-Völker

14.10.2015 | aktualisiert: 04.03.2016 14:48 Uhr

Kopfschütteln ist nicht nur die Reaktion der Opposition im Landtag auf die Pläne von Heimatminister Markus Söder, das Staatsarchiv von Würzburg nach Kitzingen zu verlagern. Eine lange Liste von Fachleuten, Archivnutzerinnen und -nutzern, der Würzburger Bischof und der Bund der Steuerzahler in Bayern wendet sich gegen den Umzug. Das offenbart eine Anfrage der Grünen-Landtagsabgeordneten Kerstin Celina aus Kürnach (Lkr. Würzburg) an die bayerische Staatsregierung. Sie fragte: „Welche Argumente werden für eine Verlagerung vorgebracht und welche dagegen?“ Die Antwort des Kultusministeriums: „Die eingegangenen Schreiben sprechen sich alle gegen eine Verlagerung des Staatsarchivs Würzburg nach Kitzingen aus.“

Schon seit im Frühjahr Söders Idee bekannt geworden war, regte sich Widerstand gegen den Umzug der etwa acht Millionen Archivalien und der 17 Beschäftigten. Im Juni hatte Celina bereits eine Anfrage an den Landtag gestellt, um mehr über die Planungen, ihre Hintergründe, mögliche Alternativen, Kosten und Folgen zu erfahren.

Eine Antwort fand sie damals besonders entlarvend: „Der Auswahl des Standortes Kitzingen liegen folgende Kriterien zugrunde: Die Stadt Kitzingen liegt im Raum mit besonderem Handlungsbedarf, hat keine Projekte im Rahmen der Nordbayern-Initiative erhalten und konnte bisher noch nicht von Behördenverlagerungen profitieren.“ Für die Grünen-Politikerin zeigte das, dass im Rahmen von Söders

Heimatstrategie „Regionalisierung von Verwaltung – Behördenverlagerungen 2015“, die das bayerische Kabinett Anfang März beschlossen hat, Kitzingen einfach „irgendwas“ abbekommen soll.

Trotz der Kritik an den Verlagerungsplänen verkündete Heimat- und Finanzminister Markus Söder zusammen mit Wissenschaftsstaatssekretär Bernd Sibler bei einer Informationsveranstaltung in Kitzingen Anfang September den Umzug als beschlossene Sache. Für viele Menschen im Sitzungssaal des Landratsamtes war das doch eine Überraschung, zumal sie auch erfuhren, dass ein genauer Standort für das neue Staatsarchiv noch gar nicht feststeht.

Unverständnis rief die Eröffnung beim Würzburger SPD-Landtagsabgeordneten und Ex-Oberbürgermeister Georg Rosenthal hervor. Er nannte die Unterbringung des Staatsarchivs in Kitzingen nicht nur fachlich falsch. „Sie schädigt auch den Wissenschafts- und Forschungsstandort Würzburg nachhaltig“, so Rosenthal. Die wirtschaftlichen Impulse für Kitzingen seien dagegen „sehr begrenzt“.

Ein Staatsarchiv gehöre in die Behördenhauptstadt Würzburg und müsse gut erreichbar sein, ist die Ansicht des Landtagsabgeordneten der Freien Wähler aus Erlenbach am Main (Lkr. Miltenberg), Hans-Jürgen Fahn. „Durch eine Verlegung des Staatsarchivs wird der städtische und diözesane Forschungsverband zerschlagen“, teilt Fahn mit.

Die Landtagsgrünen gehen laut Pressemitteilung davon aus, dass alternative strukturpolitische Maßnahmen Kitzingen mehr nutzen würden, als der Aufbau eines Archivs, das dort zwangsläufig nicht so in eine gewachsene Forschungslandschaft eingebunden wäre wie in Würzburg.

Der ehemalige Oberbürgermeister Rosenthal schlägt vor, Kitzingen im Rahmen der „Heimatstrategie“ als Weinbau- und Handelsstadt zu stärken, etwa im Rahmen eines Projekts des Amtes für Ländliche Entwicklung oder der Fränkischen Qualitätsweinprüfung. Das Staatsarchiv sähe er lieber in Würzburg auf dem Universitätsgelände „Am Hubland“.

| Weitere Artikel

